

Schwenk der SPD bei der Rente?

Soziales Landespartei will Kurskorrektur mit Arbeitsministerin Nahles diskutieren

Von unserem Redakteur
Dietmar Brück

■ **Rheinland-Pfalz.** Die rheinland-pfälzische SPD könnte bald eine Neuausrichtung in der Rentenpolitik einleiten. Ein entsprechender Antrag wurde beim jüngsten Landesparteitag zunächst vertagt. Bevor es zu einem Kurswechsel kommen könnte, wollen die Genossen erst noch mit Bundesarbeitsministerin Andreas Nahles (SPD) diskutieren. Zumal einige Vorschläge – wie die Solidarrente – auf den Eckpunkten basieren, die die Sozialdemokratin aus Weiler in der Eifel jüngst auf Bundesebene vorlegte.

AG 60 plus als Initiator

Antreiber der Debatte innerhalb der rheinland-pfälzischen SPD ist der Landesvorstand der AG 60 plus. Eine Parteigliederung, deren Einfluss niemand unterschätzen sollte. Zumal deren Vorsitzender Günther Ramsauer ein alter Hase im politischen Geschäft ist. Er gehörte lange Zeit zu den mächtigen

Vizefraktionschefs in der SPD-Landtagsfraktion.

In ihrem Diskussionspapier bringen die SPD-Senioren eine „solidarische Grundrente“ ins Spiel. Sie soll „deutlich höher sein als das Sozialhilfeniveau“.

Die nächste Forderung dürfte für rege Debatten sorgen. Denn die SPD-Senioren plädieren dafür, dass das Rentenniveau der gesetzlichen Rente bis auf 70 Prozent angehoben werden und dauerhaft konstant bleiben soll. Bundesministerin Nahles hatte eine „Ziellinie“ bei 48 Prozent formuliert und will ein Rentenniveau von unter 46 Prozent gesetzlich ausschließen. Zwischen beiden Positionen dürfte noch reichlich Luft sein.

Die SPD-Älteren wollen künftig ein Rentensystem, das nur noch auf einer Säule ruht. Angestellte, Beamte, Freiberufler, Selbstständige und Mandatsträger kommen in einen Topf, also „Erwerbstätige aller Einkommensarten“, wie es in dem Papier heißt. Die Kapitalerträge vermögender Menschen

würden nach dem Modell ebenfalls einbezogen. Die Beamtengewerkschaften dürften wenig begeistert von diesem Ansatz sein.

Nächster Punkt: Die Beitragsbemessungsgrenze soll entfallen. Zugleich wollen die sozialdemokratischen Senioren die Rente nach oben begrenzen. Es gäbe demnach eine Höchstrente, um die Gesamtfinanzierung zu erleichtern.

Pflegephase zahlt voll in Rente ein

Und noch ein Aspekt, der kontrovers diskutiert werden kann: Der Landesvorstand der AG 60 plus will Erziehungs- und Pflegeleistungen höher bewerten. Wer Kinder erzieht oder seine Eltern pflegt, soll dafür so viele Rentenpunkte erhalten, als hätte er in dieser Zeit Vollzeit gearbeitet. Diese Leistungen und auch die Mütterrente würden „vollständig aus Steuermitteln“ finanziert, so das Konzept.

Die SPD-Senioren warnen ausdrücklich vor massiver Altersarmut. Darin liege eine Bedrohung für den sozialen Frieden.